

Sie reden nur! - Die Situation der Hebammen in Rheinland-Pfalz zeigt, wie schlecht die Politik der Landesregierung ist

Am 1.11. ist der sogenannte Hebammenhilfvertrag in Kraft getreten. Der Name passt nur leider nicht zum Inhalt, denn der Vertrag hilft den Hebammen nicht, er schadet ihnen! Die Genese dieses Vertrages sowie das, was die Landesregierung eben nicht für die Hebammen tut, ist ein Lehrstück für politisches Versagen und zeigt, dass unsere Landesregierung nur gut reden kann, aber nicht sinnvoll handelt.

Ich habe zwei kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt. In einer ging es um den Hebammenhilfvertrag und die Situation der Beleghebammen in Rheinland-Pfalz. In der zweiten um eine zuverlässige Versorgungsplanung. Denn es ist seit langem bekannt, dass die Landesregierung nicht weiß, wie viele Hebammen überhaupt in Rheinland-Pfalz arbeiten. Trotzdem meint sie, eine Versorgung sicherstellen zu können, auch in abgelegenen, ländlichen Regionen.

Die Antworten auf meine Anfragen machen deutlich, dass es der Landesregierung wirklich egal zu sein scheint, wie viele Hebammen überhaupt tätig sind in unserem Bundesland. Nur wie soll das Land daraus bedarfsgerecht unterstützen? Woher weiß die Landesregierung, wo der Bedarf tatsächlich besteht? Die Landesregierung plant auch keine konkreten Schritte, um eine flächendeckende, einheitliche und zentrale Datenerhebung zur geburtshilflichen Versorgung in Rheinland-Pfalz einzuführen.

Und vor allem lässt die Landesregierung die Beleghebammen im Stich. Sie verweist auf den Bund und sieht bei sich selbst keine Verantwortung. Dafür könnte sie sich über eine Bundesratsinitiative für eine vernünftige Versorgung und die Beleghebammen stark machen. Hebammen brauchen eine angemessene und sichere Bezahlung. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung muss auch auf dem Land gewährleistet sein. Dafür braucht es entsprechende Strukturen. Doch die handelnden Politikerinnen und Politiker reden nur, tun aber zu wenig!

Weitere Infos unter:

<https://www.hebammen-rlp.de/aktuelles/die-zukunft-fuer-hebammen-und-familien-sichern.html?ref=8>

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

